



Datum: 12.03.2021

Vorlage der Verwaltung für:	Abstimmergebnis		
	Ja	Nein	Enth.
Stadtvertretung			

☒ öffentliche Sitzung	☐ nichtöffentliche Sitzung
---	---

Dezernat: I	Amt: Bürgermeisterbüro/Ratsbüro	Sachbearb.: Herr Piechaczek
----------------	------------------------------------	--------------------------------

Beteiligte Ämter:	Sichtvermerk:	gesehen:	I	III
Finanzabteilung				
Bürgermeisterbüro				

TOP: Beitritt der Stadt Schmallenberg zur Organisation "Seebrücke"
- Antrag der Ratsfraktion Die Partei

Produktgruppe: 11.01 Verwaltungsmanagement

1. Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der Ratsfraktion Die Partei vom 09.03.2021 wird nicht zugestimmt.

2. Sachverhalt und Begründung:

Mit dem als Anlage beigefügten Antrag schlägt die Ratsfraktion Die Partei vor, dass sich die Stadt Schmallenberg der Organisation SEEBRÜCKE anschließt und sich damit zu einem „sicheren Hafen“ erklären lässt.

Die meisten Ziele der SEEBRÜCKE, welche unter anderem in der Anlage 2 zur Vorlage aufgelistet sind, sind bundes- bzw. europapolitischer Natur und liegen damit außerhalb der Befassungskompetenz der Stadtvertretung. Das gilt auch für eine Solidaritätserklärung mit den Zielen der SEEBRÜCKE.

Kommunalverfassungsrechtlich besteht für eine Beschlussfassung im Sinne des Antrages keine Befassungskompetenz und damit keine Beschlusskompetenz der Stadtvertretung.

Allgemeinpolitische Fragen zur Asyl- und Migrationspolitik werden durch die Bundesregierung ausgeübt und sind der Befassungskompetenz der Stadtvertretung entzogen.

Nach der Rechtsprechung des BVerfG (Urteil vom 30.07.1958, Az. 2 BVG 1/58) ist die Gemeinde als hoheitlich handelnde Gebietskörperschaft von Rechts wegen darauf beschränkt, sich mit Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises zu befassen. Die Gemeinde überschreitet dann die ihr gesetzten rechtlichen Schranken,

wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen fasst oder für oder gegen die Politik Stellung nimmt, die sie nicht als einzelne Gemeinde besonders trifft. Die Gemeinde erlangt nur ein kommunalpolitisches, aber kein allgemeines politisches Mandat. Die von der Stadtvertretung gefassten Beschlüsse dürfen daher, auch soweit die Vertretung sich in der Form „appellativer“ oder „symbolischer“ Entschließungen äußert, die Grenzen des eigenen örtlichen Wirkungskreises nicht überschreiten.



Fraktionsvorsitzender
Daniel Sztul
Im Ohle 26
57392 Schmallenberg
daniel.sztul@gmx.de
0151 / 10472006

Die FRAKTION

Sehr geehrter Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

hiermit stellen wir die Die Partei den Antrag, dass die Stadt Schmallenberg sich der Organisation Seebrücke anschließt und somit zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt.

Auch in der Corona Pandemie, dürfen wir nicht vergessen, dass es immer noch Menschen gibt die sich aus Verzweiflung, durch Unterdrückung, Minderheiten Verfolgung, Krieg oder einfach an den Glauben an ein besseres Leben, auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Besonders der Weg über das Mittelmeer ist gefährlich. Trotzdem hält es die Menschen nicht davon ab, als Nichtschwimmer, in etwas zu steigen was ich nicht als Boot bezeichnen will, weil es zu mal oft einfach nur aus LKW-Planen und Fässern bestehende Schwimmhilfen sind. Da diese untauglichen Boote, vor dem Hintergrund der maßlosen Überfüllung und geführt von unmoralischen Schleppern, zumeist ohnehin zum Sinken verurteilt sind, liegt es in unserer menschlichen Verpflichtung Rettung zu leisten.

Auf dem Mittelmeer befinden sich aktuell keine Seenotretter die im Auftrag der europäischen Regierung agieren, sondern lediglich, durch private Spenden finanzierte, Organisationen. In den letzten Monaten wurden durch Beschlagnahmen immer mehr zivile Schiffe daran gehindert, zur Seenotrettung auszufahren, während gleichzeitig der unerträgliche Versuch läuft, diese Lebensretter*innen zu kriminalisieren. Unter dem Vorwand einer möglichen Abschreckung und aus politischem Kalkül heraus wird der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen oder ihnen wird humanitäre Hilfe verweigert. Selbst nach erfolgreicher Rettung, müssen sie (Männer, Frauen und Kinder) tagelang auf dem Meer ausharren, da ihnen das Anlegen in einem Hafen nicht gestattet wird.

Die daraus resultierenden Ergebnisse: Im Jahr 2016 ertranken über 5.000 Menschen im Mittelmeer. 2017 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 3.100 Geflüchtete, 2018 waren es mehr als 2.200 Tote und Vermisste, 2019 1.335 Menschen und 2020 fanden 1.166 Menschen den Tod bei der Flucht über das Mittelmeer oder sind vermisst. Die Zahl der Toten und Vermissten können jedoch nur Schätzungen sein. Die genaue Zahl der Opfer wird für immer im Dunkeln bleiben.

Das Vorurteil das es sich bei den geflüchteten und geretteten Menschen ausschließlich um Männer handelt, wie es von manchen Quellen behauptet wird, ist schlichtweg falsch. Bei dem Vorurteil, dass einige geflüchtete Menschen Verbrecher sind, lohnt sich wie immer eine genauere Betrachtung der Sachlage. Setzt man sich nämlich mit den Verbrechen auseinander, die den Menschen zur Last gelegt werden, scheinen Sie aus unserer westlichen Welt nur allzu banal: Das Leben in einer homosexuellen Beziehung, das Ausüben einer eigenen Religion oder die Flucht vor einer Zwangsehe sind nur einige Beispiele.

Wir wissen, dass Hilfe in den betroffenen Heimatländern dazu führen könnte das weniger Menschen den gefährlichen Weg nach Europa wagen. Zurzeit sind wir aber weit davon entfernt. Warum sollten wir nicht versuchen den Menschen hier eine Ausbildung zu ermöglichen, wir alle wissen das die Ausbildung in Deutschland mit zu den besten der Welt gehören, um dann mit gut ausgebildeten Fachkräfte zusammen deren Heimat besser zu machen.

Als Kommune ist unser Handlungsspielraum im Hinblick auf die großen Fragen und der Umgang mit der „Flüchtlingssituation“ begrenzt aber wir haben die Möglichkeit die Stadt Schmallenberg zu einem „Sicheren Hafen“ zu ernennen.

Mehr als 200 andere Kommunen in Deutschland, wo Arnsberg, Brilon, Meschede und Olsberg schon zu gehören, sind diesen Schritt gegangen um den Bund gemeinsam zu zeigen, dass wir bereit sind Hilfe zu leisten, bereit sind Menschen aufzunehmen und nicht mehr wegschauen wollen wie an europäischen Außengrenzen und selbst auf europäischen Boden die Menschenrechte an Wirksamkeit verlieren.

Dem Anhang können Sie entnehmen wie die Aufgaben von Schmallenberg aussehen könnten

Daniel Sratul
Fraktionsvorsitzender Die Partei

Schmallenberg wird Sicherer Hafen

Prolog

Der Stadtrat unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Auch Schmallenberg ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich die Stadt Schmallenberg offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete. Damit bekräftigen die Kommune und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel.

Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten „libyschen Küstenwache“ verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen. Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

1. Sicherer Hafen

Die Stadt Schmallenberg erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Schmallenberg positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Stadt Schmallenberg stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Schmallenberg mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme

Die Stadt Schmallenberg begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

- a) Die Stadt Schmallenberg fordert die Regierung des Bundeslandes z auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.
- b) Die Stadt Schmallenberg fordert die Regierung des Bundeslandes z und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

5. Solidarische Kommune

Schmallenberg tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich solidarische Stadt für alle Menschen.

6. Kommunales Ankommen gewährleisten

Die Stadt Schmallenberg sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

7. Kommunales Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Die Stadt Schmallenberg setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

8. Transparenz

Die Stadt Schmallenberg veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicheren Hafen wird. Schmallenberg informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.